

Laibacher Zeitung.



Pränumerationspreis: Mit Postversendung: ganzjährig fl. 16, halbjährig fl. 7,60. Im Comptoir: ganzjährig fl. 11, halbjährig fl. 6,60. Für die Zustellung ins Haus ganzjährig fl. 1. — Inserationsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pro Zeile 4 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Administration befindet sich Rabenhofgasse 15, die Redaction Wienerstraße 15. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen und Manuscripte nicht zurückgestellt.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplome dem Professor an der Akademie der bildenden Künste in Wien Kaspar Zumhuf als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Classe in Gemäßheit der Ordensstatuten den Ritterstand allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 14. April d. J. dem pensionierten Steuer-Oberinspector Emanuel Zagodiz tozfrei den Titel und Charakter eines Finanzrathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Dunajewski m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Verhandlungen des Reichsrathes.

— Wien, 21. April.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte zunächst die Aufklärung über die gestrige Abstimmung über den Dispositionsfonds. Aus der Erklärung, welche Abg. Dr. Poklukar zum Beginne der Sitzung abgab, dann aus seiner späteren Berichtigung gegenüber Sturm und schließlich aus der schriftlichen Eingabe der vierzig Abgeordneten an den Präsidenten geht unzweifelhaft und unanfechtbar die Thatsache hervor, daß in der vierten Sitztheilung des Hauses vierzig Abgeordnete sich für den Dispositionsfonds erhoben hatten, daß aber durch einen Verstoß seitens des Schriftführers Baron Dumreicher nur 21 davon in Rechnung gebracht wurden. Schon dies macht zugunsten des Dispositionsfonds ein Plus von 19 Stimmen aus. Da aber weiter auch in der sechsten Sitztheilung drei Stimmen für die fragliche Budgetpost in Verstoß gerathen waren, so wurden für den Dispositionsfonds thatsächlich um 22 Stimmen mehr abgegeben, als der Präsident verkündete. Das richtige Stimmenverhältnis ist also nicht 116 für und 128 gegen, sondern 138 für und 128 gegen; mithin war der Dispositionsfonds nicht mit einer Majorität von zwölf Stimmen abgelehnt, sondern mit einer Mehrheit von zehn Stimmen angenommen worden.

Feuilleton.

Ueber Gemüthsbewegungen.

II.

In welchem Verhältnis stehen nun die zweiseitigen Haupterscheinungen bei jeder Gemüthsbewegung? Lange macht es durch eine geschickte Beweisführung im höchsten Grade wahrscheinlich, ja fast gewiß, daß die Veränderungen in dem Zustande des Bewegungsapparates secundäre Erscheinungen sind, welche durch die primären Störungen in dem vasomotorischen Nervensystem hervorgerufen werden. Denn durch diese wird der Blutgehalt in allen Organen und Körperteilen geändert, und damit werden auch die Bewegungs-Abnormitäten wie die Empfindungs-Lähmungen und die Störung der Intelligenz bedingt.

Den Hauptzweck der Lange'schen Untersuchung bildet die Erörterung der Frage, die ja auch für die Psychologie der Affecte die wichtige ist, in welchem Verhältnis die Gemüthsbewegungen an sich zu den dieselben zum körperlichen Ausdruck bringenden Erscheinungen stehen. Die landläufige Auffassung ist die, daß zwischen den Ursachen, welche die Affecte hervorrufen, und den körperlichen Erscheinungen ihrer Wirkungen noch ein dritter Factor von rein physischer Natur liegt, nämlich ein neuer Zustand der Seele oder eine Veränderung des seelischen Zustandes, welche durch jene Ursache hervorgerufen wird und der eigentliche Affect ist, während die körperlichen Phänomene nur ihre unwesentlichen Begleitererscheinungen sind.

Mit dieser Annahme der rein seelischen Natur der Affecte kann man wohl die körperlichen Gemüthsbewegungen gut erklären, aber da sie zu ihrer Erklärung nicht nothwendig ist, wie Lange überzeugend

Der Präsident des Hauses Dr. Smolka lehnte es auch heute ab, eine neuerliche Abstimmung vorzunehmen, da er in einer solchen ein gefährliches Präjudiz erblicken zu sollen glaubte. Allein wir müssen hier Herrn Dr. Poklukar Recht geben, wenn er sagt, es sei ein gefährlicheres Präjudiz, an einer Enunciation festzuhalten, welche nach der allgemeinen Ueberzeugung sämtlicher Abgeordneter das gerade Gegentheil der wahren Willensmeinung des Hauses enthält, als in einem solchen eclatanten Falle die Abstimmung zu wiederholen. Uebrigens ist zur Stunde die Sache abgethan, sie wird aber hoffentlich für die Zukunft den Anlaß geben, daß bei den Abstimmungen die Schriftführer in der Stimmenzählung etwas größere Sorgfalt entwickeln und daß auch das hohe Präsidium sich mit der Verkündung des Resultates der Abstimmung nicht allzusehr beeile, zumal in Fällen, wo, wie es gestern geschah, schon aus dem bloßen Augenschein sich die gewichtigsten Bedenken ergeben müssen. . . . Diejenigen aber, welche sich und die Welt in die Illusion hineinschmeißen wollten, als ob die gestrige Pseudo-Abstimmung politische Folgen nach sich ziehen würde, dürften zur Stunde erkennen, daß sie sich damit einer gelinden Blamage ausgesetzt haben. Uebrigens verdient es als eine bezeichnende Thatsache hervorgehoben zu werden, daß kein einziges unserer Oppositionsblätter, obgleich sie alle von dem wahren Sachverhalte sehr wohl unterrichtet waren, sich veranlaßt gesehen hat, seinen Lesern diesen wahren Sachverhalt mitzutheilen.

Das Haus setzte heute die Specialdebatte über das Budget fort. Beim Titel „Officielle Zeitungen“ klagte Abg. Dr. Herold, daß die officiellen böhmischen Zeitungen gegen die Interessen der Nation schreiben, und verlangte, daß die officiellen Blätter sich nur auf amtliche Mittheilungen beschränken. Abgeordneter Türk beschwerte sich, daß die Zeitungen der Regierung die Bestrebungen der Antisemiten nicht unterstützen. Abgeordneter Dr. Sturm meinte, die Regierung solle aus dem gestrigen Votum die entsprechenden Konsequenzen ziehen, und verweist auf die Stimmen der ungarischen und reichsdeutschen Presse. Der Ministerpräsident Graf Taaffe bezeichnete es als bedenklich für die Einheit des Reiches und die Gesamtheit der österreichischen Königreiche und Länder,

nachweist, so liegt es zunächst näher, die materiellen Ursachen derselben zu suchen, und diese bringen in der That in unzähligen Fällen, wo eine seelische Einwirkung vollkommen ausgeschlossen ist, die gleichen Gemüthserscheinungen zustande. Der beschränkte Raum, der mir hier zur Verfügung steht, verbietet es mir, auf die interessanten bezüglichen Ausführungen Lange's näher einzugehen, nur ein treffendes Beispiel will ich erwähnen. Einem heftigen, unerwarteten Knall folgen oft die ausgesprochenen Erscheinungen des Schrecks so unmittelbar, daß von einem „geistigen“ Schreck gar nicht die Rede sein kann.

Starke Beweiskraft haben auch die Gemüthserscheinungen, welche in zahlreichen Krankheiten aus körperlichen Abnormitäten, wie Störung des Stoffwechsels, der Verdauung u. dgl., hervorgerufen werden und bis in die kleinsten Momente mit denen der „seelischen“ Affecte übereinstimmen. In dieser Beziehung sei nur an die periodischen Wuthanfälle mancher Geisteskranken erinnert, für welche nicht die geringste äußere Veranlassung vorliegt. Man muß demnach annehmen, daß die Entstehung der Affecte in der Weise vor sich geht, daß die Ursachen derselben durch Nervenleitung auf das Gehirn, und zwar das vasomotorische Nervencentrum wirken, von wo aus die körperlichen Erscheinungen der Gemüthsbewegungen zur Auslösung gebracht werden. Bei dieser Erklärung bleibt aber das große Problem von der Umsehung des physischen Reizes in den psychischen Ausdruck vollkommen unberührt.

Von dem Gesichtspunkte aus, daß „wir dem vasomotorischen Nervensystem die ganze emotionelle Seite unseres Seelenlebens, unsere Freuden und Leiden, unsere glücklichen und unglücklichen Stunden zu danken haben“, kommt Lange zu folgenden beachtenswerten Schlussworten: „Im Laufe der Jahre verliert das Gefäßnervencentrum durch den Einfluß der Beherr-

wenn man auf auswärtige Stimmen Rücksicht nehmen wollte. Oesterreich sei ein selbständiger Staat; was das selbst geschehe, darum habe sich das Ausland und Ungarn nicht zu kümmern. Nicht von diesem Standpunkte müsse regiert werden. Jeder werde zugeben, daß der Minister den guten Willen habe und es auch nicht an Versuchen fehlen lasse, ein kräftiges, einiges Oesterreich zu schaffen. Dies sei aber nur möglich, wenn man die historischen und culturellen Verhältnisse der einzelnen Königreiche und Länder in Betracht nehme und den Völkern zum Bewusstsein bringe, daß sie ihr Heil nur in Oesterreich finden können. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Auf eine Bemerkung des Abg. Dr. Ruß erklärte der Ministerpräsident Graf Taaffe, er habe Ungarn nicht als Ausland angeführt, sondern vom Auslande und Ungarn gesprochen. Der Ministerpräsident wiederholte seine Erklärung, nachdem Abgeordneter Dr. Sturm auf die stenographischen Aufzeichnungen hingewiesen hatte. Der Titel wurde sodann angenommen und ebenso ohne Debatte die nächsten Titel „Correspondenz-Bureau“ und „Verwaltungs-Gerichtshof“.

Bei dem Capitel „Gemeinsame Ausgaben“ bemängelte Abg. Neuwirt die Höhe derselben, welche er im Vergleiche mit jenen des Deutschen Reiches zu groß findet. Redner bedauerte, daß Oesterreich seine materiellen Interessen im Oriente zu wenig pflege, und weist dabei auf die Verhältnisse zu Rumänien und Serbien hin. Die active Politik auf der Balkan-Halbinsel sei gefährlich und könnte zu einem Kriege führen. Am besten sei eine friedliche Verständigung mit Rußland, aber mit voller Wahrung der eigenen Ehre und Rechte, ähnlich wie es 1875 der Fall gewesen sei.

Finanzminister Dr. Ritter von Dunajewski bemerkte, die Absicht, einen Krieg zu führen, habe niemand in der ganzen Monarchie, dessen Meinung in der Oeffentlichkeit ins Gewicht fällt; deshalb sei auch nicht die Behauptung gerechtfertigt, daß wir Rüstungen vornehmen. Die Bemerkung des Vorredners über einen Angriff via Berlin sei dem Redner ganz unverständlich. Mit dem deutschen Bündnisse sei das ganze Haus einverstanden. Der Zweck desselben sei die Erhaltung des Friedens. Dasselbe ist auch der Zweck der österreichischen auswärtigen Politik. Für die Rüstungen kann kein Staat in Europa. Die Welt ist einmal so,

schung und den Mangel an Uebung mehr und mehr die Energie seiner emotionalen Thätigkeit, und wie wir das so oft bei erworbenen Eigenschaften erfahren, dies Entwicklungsergebnis der Erziehung und des Verstandeslebens wird durch Vererbung auf die nachfolgenden Generationen übertragen. Die Generationen kommen mit stets trägerer und trägerer emotionaler Gefäßinnervation, mit stets leichterem Innervation der Gefäßnerven für die Organe der Intelligenz zur Welt. Beharrt unsere Entwicklung dabei, sich in der eingeschlagenen Richtung fortzusetzen, so erreicht sie doch noch das Ideal Kant's, den „reinen Vernunftmenschen“, der jeden Affect, jede Freude oder Trauer, Angst oder Schreck — wenn er solche Anfechtungen noch erfährt — als eine Krankheit, eine Geistesstörung betrachtet, die sich für ihn nicht schickt.

Dieses Ziel scheint auch Lange in eigenthümlich pessimistischer Stimmung, in der er die praktischen Folgen seiner physiologischen Untersuchungsergebnisse betrachtet, für erstrebenswert zu halten. Wie Klagen nehmen sich seine Worte aus: „Der Sturm der Leidenschaften hat mehr Menschenleben gekostet und mehr Länder verheert als Orkane, und ihre Flut hat mehr Städte weggespült, als die des Wassers.“

Ohne uns hier auf die Erörterung darüber einzulassen, von welcher großer socialer Bedeutung die Verfolgung des Kant'schen Ideals sein würde, glauben wir doch starke Zweifel daran aussprechen zu müssen, daß die Menschheit je zu diesem Ziele gelangen kann. Denn gerade durch die Vererbung und die Erziehung hat das Gemüthsleben in uns allen so starke Wurzeln geschlagen, daß die Vernunft nie die alleinige Herrschaft über uns gewinnen wird; es kann das auch nicht anders sein, weil die Affecte nur die natürliche Reaction unseres Ichs gegen die Außenwelt sind.

M. K.

sie starrt in Waffen. Die Entwicklung des Kriegswesens ist eine ständige, fortschreitende, zurückbleiben können wir nicht, wir müssen uns für einige Zeit danach einrichten, das Nothwendige zu thun, um verteidigungsfähig zu sein, nicht um Krieg zu führen, sondern um den Frieden zu erhalten. Der Vorredner sagte, ein Krieg könnte uns an den Rand des Abgrundes bringen. Ich antworte: Vange machen gilt nicht. Diesen «Abgrund» könnte uns ein Gegner vorhalten, aber nicht ein Patriot, was ja der Vorredner gewiss ist. Wenn es zu einer Mobilisierung kommt, was Gott verhüte, werden wir — daran zweifelt niemand — Credit genug finden, um Mittel aufzubringen. Mit gegentheiligen Prophezeiungen sollte man sehr vorsichtig sein, durch die Praxis sind sie niemals bestätigt worden. Der Zweck meiner Ausführungen war nur, zu constatieren, daß in der österreichisch-ungarischen Monarchie die Tendenz zu einer Kriegsaction nicht besteht, daß es aber das Interesse und die Pflicht der österreichischen, der ungarischen wie der gemeinsamen Regierung ist, in der gegenwärtigen Zeit so viel als nur möglich für die Entwicklung der Wehrkraft zu thun, und daß diese Haltung der erwähnten Regierungen in vollständigem Einklange steht mit dem Buchstaben und dem Geiste des allseitig und mit Recht so sehr gepriesenen Bündnisses mit dem Deutschen Reiche. (Beifall rechts.) — Der Titel «Gemeinsame Angelegenheiten» wurde hierauf angenommen.

Abg. Baron Dumreicher erklärte gegenüber Dr. Poklukar, daß es auch heute noch seine subjective Ueberzeugung sei, er habe bei der Abstimmung über den Dispositionsfond richtig geachtet, andernfalls hätte er sofort eine Richtigstellung veranlaßt. Der Präsident erklärte, daß niemand an eine böse Absicht des Schriftführers Dumreicher glaube; jedermann sei überzeugt, daß dieser seine Aufzeichnungen für richtig gehalten habe.

Abg. Thurnher beantragt, daß künftighin der abzählende Schriftführer die Auszählung im Einschnitte zwischen den Sitzreihen jedes Segmentes des Hauses vorzunehmen habe. Der Präsident erwiderte, das Bureau werde zusammentreten und beschließen, wie künftighin vorzugehen sei. Damit war die Sache erledigt. — Die nächste Sitzung findet Montag statt.

Unser Staatshaushalt.

III.

Meine Herren! Das Ausgeben ist ja ein großes Vergnügen (Heiterkeit), aber haben muß man es, sonst kann es eine große Gefahr mit sich bringen. Es wurde unter anderem auch behauptet — ich glaube, es war der erste Herr Redner in der Debatte — wir sind ja auf allen Gebieten des Staatslebens in vollem Niedergange, einer näheren Erläuterung bedürfe dies nicht. Das sind seine Worte, das heißt freilich mit sehr geringem Aufwande von Argumenten ein schwerwiegendes Urtheil fällen. Ich möchte mir sonach erlauben, das hohe Haus zu bitten, mit einiger Geduld den Ausführungen über die Leistungen der Staatsverwaltung in den letzten Jahren zu folgen. Ehe ich auf die einzelnen Daten weiter eingehe, mache ich das hohe Haus darauf aufmerksam, daß nach dem Rechnungsabschlusse des Jahres 1881 die Brutto-Ausgaben des Staates 479,643.667 fl., die Netto-Ausgaben 349,236.852 fl. betrugen.

Ich muß besonders Gewicht auf diesen Unterschied legen, weil es sehr oft vorkommt — in der Publicistik und hier im hohen Hause — daß man einfache Brutto-Ausgaben als eine ungeheure Steigerung hinstellt, ohne zu bedenken, daß unter diesen Ziffern auch solche mit inbegriffen sind, die sich als gar keine Belastung irgend jemandes, sondern einfach als Produktionskosten bei der eigentlichen Staatswirtschaft darstellen. Für das Jahr 1888 hat der Budget-Ausschuß die Brutto-Ausgaben mit 537,938.000 fl. zusammengestellt — also die Netto-Ausgaben beziffern sich hier mit 337,207.000 fl. — d. h. für das Jahr 1888 haben Sie eine um 58 Millionen größere Brutto-Ausgabe — ich bitte, die Staats-eisenbahnen zu berücksichtigen, das ist ja das ganze Budget — und eine um 12 Millionen kleinere Netto-Ausgabe, also bei den Netto-Ausgaben um 3.44 Procent weniger. Wenn Sie nun die im Rechnungsabschlusse des Jahres 1881, was ich gleich hervorhebe, enthaltenen rückgezählten Schatzscheine von 20 Millionen in Abzug bringen, so sind die Brutto-Ausgaben um 78 Millionen und die Netto-Ausgaben um acht Millionen gestiegen, oder, in Procenten ausgedrückt, die Brutto-Ausgaben des Staates sind um 17 Procent gestiegen, zumeist wegen der Verstaatlichung von Eisenbahnen, und die Netto-Ausgaben, die für das Maß der Leistungen eigentlich entscheidend sind, um 2.6 Procent gestiegen.

Ich bitte nun, rücksichtlich der Leistungen des Staates zunächst folgende Ziffern berücksichtigen zu wollen. Gegenüber dem Jahre 1881 beträgt im Jahre 1888 die Steigerung beim Ministerium des Innern 7.63 pCt., beim Ministerium für Landesverteidigung 19.82 pCt., beim Ministerium für Cultus und Unterricht nach den drei Abschnitten: Centrale 31.40 pCt., Cultus 147.77 pCt., Unterricht 20.86 pCt., beim Handelsministerium 120.26

Procent, beim Ackerbauministerium 76.80 pCt. Das sind die bedeutendsten Steigerungen auf dem Gebiete der Civiladministration.

Nun möchte ich bitten, mir zu gestatten, noch einige specielle Daten anzuführen. Was das Gebiet der geistigen Interessen betrifft, so wird den verehrten Herren gewiss noch erinnerlich sein, daß die Steigerung beim Cultus zumeist durch die Erhöhung der Congrua zu erklären ist, die ja fast mit einhelliger Zustimmung des hohen Hauses beschloffen wurde, wobei aber freilich der Finanzminister mit seiner Gebühreneinverleumdung, mit der er nur eine kleine Erhöhung der Einnahme verlangte, nicht durchdrang.

Die Gesamtausgaben für Unterricht sind im Jahre 1888 um 1,912.000 fl. größer als im Jahre 1881; die Steigerung bei den Hochschulen beträgt 280.000 fl., d. i. 7.79 pCt. infolge der Ausgestaltung der Universitäten und infolge von Neubauten. Bei den Mittelschulen haben wir im Jahre 1888 gegenüber 1881 eine Steigerung von 397.000 fl. oder 11.84 pCt. infolge der Uebernahme einer beträchtlichen Anzahl von Gymnasien und Realschulen, und zwar in Niederösterreich, Steiermark, Böhmen, Mähren und Galizien. Das für die wirtschaftlichen Verhältnisse sehr wichtige und, wie mir bekannt, von allen Parteien des Hauses auch als solches anerkannte industrielle Bildungswesen erfordert im Jahre 1888 um 897.000 fl., d. i. um 113 pCt. mehr als im Jahre 1881. Dies sind so flüchtig hingeworfene Ziffern, die doch zeigen, daß wir auf dem Gebiete der geistigen und culturellen Interessen so manches gethan haben, was nicht im Einklange steht mit der Behauptung eines «steten Niederganges».

Was die materiellen Interessen anbelangt, so will ich zuerst beim Etat des Handelsministeriums darauf aufmerksam machen, daß die Gesamtausgaben, abgesehen von den Eisenbahnen, gegenüber dem Jahre 1881 ein Plus von 1,511.836 fl., d. i. 230 pCt. ausmachen, und zwar für den Hafen- und Sanitätsdienst, für außerordentliche Hafenbauten und die Narenta-Regulierung. Dies sind denn doch auch materiell sehr wichtige Institutionen. Bezüglich der Staatsbahnen habe ich zu bemerken, daß in der Zeit von Ende 1880 bis Ende 1888 dem Staate 3700 Kilometer an Eisenbahnen zugewachsen sind. Die Auslagen zerfallen in solche, welche der Staat bar bestritten hat, und in solche, welche er durch Uebernahme der Eisenbahnschulden noch zu leisten hat. Nach dem neuesten Berichte über die Staatsbahnverwaltung pro 1887 kosten die ersteren, die bar gezahlten Bahnen, 92,566.000 fl., hiezu die Investitionen mit 13,983.000 fl. Der Staat hat also 106,549.000 fl. bloß auf den Bau von Eisenbahnen bar verausgabt, der wirtschaftliche Nutzen läßt sich natürlich nicht so ziffermäßig nachweisen. Das muß ich denjenigen Herren überlassen, die selbst in den betreffenden Ländern wohnen und gewiss gute Auskunft über den Einfluß der Staatsbahnen auf den Verkehr im allgemeinen geben könnten.

Hierbei darf aber nicht vergessen werden, daß wir in demselben Zeitraume, von 1881 bis 1887, als Betheligung oder Unterstützung der Localbahnen die Summe von 1,355.000 fl. tatsächlich bereits ausgegeben haben. Wenn ich nun also von einem Betrage von mehr als 107 Millionen innerhalb dieses relativ kurzen Zeitraumes spreche, der für die wichtigsten materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung bar ausgegeben wurde, so kann gegenüber dieser Steigerung der culturellen Ausgaben denn doch von einem Niedergange nicht die Rede sein. Damit aber ist ja noch nicht alles erschöpft, ich könnte es auch nicht thun, ohne die Gebuld der Herren übermäßig in Anspruch zu nehmen. Was das Ackerbauministerium anbelangt, so sind im ganzen für culturelle Zwecke im Budget im Vergleiche mit 1881 um 1,926.000 fl., d. h. um 81 pCt. mehr eingestellt; ich bitte aber nicht zu vergessen: die außerordentlichen Ausgaben zum Zwecke der Regulierung, des Schutzes und der Reconstructions-Bauten an Gewässern beliefen sich 1881 bis 1887 — für das letzte Jahr liegt bloß eine approximative Schätzung zugrunde, der Unterschied wird aber nicht groß sein — zusammen auf 31 Millionen Gulden. Wenn hiezu die ordentlichen Wasserbauten, deren Aufwand auch zugenommen hat und, wie den Herren bekannt ist, im Budget des Ministeriums des Innern vorkommt, mit 7 Millionen angenommen werden, so haben wir auch, glaube ich, nicht unbedeutende Summen für derartige, im materiellen Sinne des Wortes ganz gewiss culturelle Auslagen gemacht, und die Höhe der vom Staate auf sich genommenen Beitragsleistungen zu bedeutenden Gewässerregulierungen — Donau, Eltsch, Mur, Drau-Regulierung, Meliorations-Fonds, Narenta-Regulierung — macht zusammen einen Betrag von über 39 Millionen aus.

Politische Uebersicht.

(Aus dem Parlamente.) In unterrichteten Kreisen wird nunmehr mit Bestimmtheit versichert, daß die Einberufung der Delegationen zur ordentlichen Session für Ende Mai ins Auge gefaßt wird. Das ungarische Abgeordnetenhaus wird vorher seine erste Session schließen und alsbald die zweite eröffnen, um die Vornahme der Wahlen für die Delegationen möglich zu machen. Es ist noch immer fraglich, ob die Erledigung

des Spiritussteuer-Gesetzes noch im Laufe der ersten Session möglich sein wird; es hängt dies von dem Gange der Verhandlungen im österreichischen Abgeordnetenhaus ab. Jedenfalls läßt sich constatieren, daß die Aussichten dieses Gesetzentwurfes sich in den letzten Tagen bedeutend gebessert haben.

(Zur Abstimmung über den Dispositionsfonds.) «Cesta Politika» wendet sich in unterschiedener Weise gegen die Jungcechen, weil dieselben bei der Abstimmung über den Dispositionsfonds Hand in Hand mit der Linken giengen. Das altcechische Blatt erklärt, daß sie verdienen, von dem cechischen Volke als dessen Schädiger verurtheilt zu werden. Sämmtliche slavische Abgeordnete hätten für den Dispositionsfonds gestimmt, und niemand von ihnen habe sich zu einem so thörichten, unpolitischen und belagengswerten Schritte entschlossen, wie ihn die Jungcechen unternommen.

(Im Wehrausschusse) legte Abg. Dr. Matuš den Bericht über die Vorlage, betreffend die zeitweise Einbeziehung der Reserve und Ersatzreserve zur activen Dienstleistung, vor. Dabei wurde infolge des Beschlusses des Ausschusses, entsprechend der zwischen den beiderseitigen Regierungen erfolgten Vereinbarung, § 2 dieser Wehrrnovelle in folgender Fassung angenommen: Jede Beiziehung eines Reservemannes zur activen Dienstleistung zählt für eine Waffenübung. Beträgt die im activen Dienste zugebrachte Zeit mehr als 28 Tage, so ist der Ueberschuß in die zweite Waffenübung einzurechnen. Beträgt diese Dienstzeit zwei Monate, so sind die Betreffenden auch von der dritten Waffenübung zu entheben.

(Im ungarischen Oberhause) wurde Samstag das bekannte Dankschreiben des deutschen Botschafters verlesen und sodann der Moskovvertrag in zweiter Lesung unverändert angenommen.

(Kroatien.) Der für den 14. Mai einberufene kroatische Landtag wird die von der Regierung vorbereiteten Gesetzentwürfe über die Justizreform, namentlich über die Modification der Strafproceßordnung und über die Folgen von Strafurtheilen und Strafen, ferner mehrere auf die Regelung der Verwaltung des Landes bezügliche Gesetze sowie das Schulgesetz, letzteres mit besonderer Berücksichtigung der Wünsche der Serben, in Verhandlung ziehen.

(Zur Situation.) Abg. Cernatony tritt im «Nemzet» der Auffassung entgegen, daß die liberalen Ideen in Deutschland mit Kaiser Friedrich stehen und fallen werden. Der zukünftige Kaiser wird die Tradition seines Vaters, wenn auch nicht gleich, jedoch successive verwirklichen. Ohne Kaiser Friedrichs Vermächtnis kann die Einigkeit in Deutschland nicht entstehen. Fürst Bismarck muß noch heute mit den Factoren rechnen, die derselben im Wege stehen. Der «Nemzet» bespricht ferner die großen Erschütterungen der deutschen Verhältnisse während der letzten Zeit, die wieder Deutschlands Stärke und Größe zeigten. Die überall hervortretenden russischen Umtriebe zeigen, daß Rußland auf eine nahe Action sich vorbereitete, jedoch diese wegen der französischen Verhältnisse wird aufgeschoben müssen.

(Deutschland.) In dem Befinden des deutschen Kaisers ist keine wesentliche Aenderung eingetreten. Vorgestern abends stellte sich wieder Fieber ein, bekanntlich eine bei jeder derartigen ernststen Krankheit in ihren letzten Stadien wiederkehrende Erscheinung; auch die Athmungsbeschwerden machten sich bei einbrechender Nacht wieder mehr fühlbar, und die Excretion zeigte sich unausgesetzt als eine ziemlich starke. — Kaiser Friedrich hat eine umfassende Amnestie für Militärpersonen erlassen, welche insbesondere auch allen jenen zugute kommt, die politischer Delicte wegen verurtheilt oder verfolgt worden sind.

(Die russische Presse) hat seit einigen Tagen jede Discussion der bulgarischen Frage aufgegeben. Nur der «Soyet» wünscht ein energisches Vorgehen gegen den Prinzen Ferdinand von Coburg. Es wäre verlorene Zeit, wenn Rußland wieder diplomatische Unterhandlungen wegen der bulgarischen Frage antknüpfen wollte. Rußland müsse jetzt an die Verwirklichung des seinerzeit im «Pravitelstvenij» veröffentlichten bekannten Programmes schreiten. In diesem Programm wende sich die russische Regierung nicht an irgend eine bulgarische Partei, sondern an alle Bulgaren. Man kann wohl die gegenwärtige bulgarische Regierung, so viel man wolle, ignorieren und alles von einer inneren Krise erwarten, nur werde man auf diesem Wege schwerlich das gewünschte Resultat erreichen.

(In Paris) spricht man von einer Umgestaltung und Stärkung des Cabinets, um endlich eine compacte republikanische Majorität zu schaffen. Goblet würde, so heißt es, Justizminister werden und das auswärtige Amt Waddington überlassen. General Fevrier werde Kriegsminister werden und Freycinet nach London als Botschafter gehen, während Rouvier Finanzminister würde und Ribot ins Cabinet einträte, welches die Errichtung von Wahlbezirken befürworten wolle. Es heißt auch, obwohl es unwahrscheinlich ist, daß der

